



Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden- Württemberg

📅 18.06.2020

AUSBILDUNGSBÜNDNIS

Ausbildungsbündnis beschließt Maßnahmenkatalog



📷 ©BillionPhotos.com / stock.adobe.com

Das diesjährige Spitzengespräch des Ausbildungsbündnisses stand ganz im Zeichen der Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise. Heute (18. Juni) trafen sich die Bündnispartner im Wirtschaftsministerium um einen Maßnahmenkatalog für das kommende Ausbildungsjahr zu beschließen. „Die berufliche Zukunft vieler junger Menschen und die Fachkräftesicherung in unserem Land hängen davon ab, dass wir uns für Auszubildende und Betriebe stark machen. Mit den Partnern des Ausbildungsbündnisses haben wir die Task Force ‚Corona und berufliche Ausbildung‘ ins Leben gerufen und Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Krise für die berufliche Ausbildung abgestimmt. Unsere Ziele sind, die Ausbildungsinfrastruktur und das Ausbildungs-Know-How in den Betrieben und Bildungsstätten zu erhalten, die Entlassung von

Auszubildenden zu vermeiden und Jugendliche gezielt beim Übergang in die Ausbildung zu unterstützen“, erklärte Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut in Stuttgart.

Große Sorgen bereitet der Ministerin der von den Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern prognostizierte zweistellige Rückgang bei den neuen Ausbildungsverträgen im Herbst. Die vom Bund angekündigte Ausbildungsprämie sei ein wichtiger Baustein, um dies zu vermeiden. Kleine und mittlere Unternehmen, die ihr Ausbildungsplatzangebot 2020 im Vergleich zu den drei Vorjahren nicht verringern, sollen für jeden neuen Ausbildungsvertrag eine einmalige Prämie in Höhe von 2.000 Euro erhalten, bzw. 3.000 Euro für zusätzliche Ausbildungsverträge. „Die Ausbildungsprämie kann ein Anreiz für Betriebe sein, trotz schwieriger Bedingungen ihr Ausbildungsengagement im neuen Ausbildungsjahr nicht zu reduzieren. Deshalb begrüße ich sehr, dass der Bund nun selbst eine Ausbildungsprämie, ähnlich wie wir sie bereits vorgeschlagen hatten, umsetzen wird“, erklärte die Ministerin. Die Prämie ist auf Zeiten bis zum 31. Dezember 2020 befristet. Sollte sich dieser Zeitraum als zu kurz erweisen, werde das Bündnis die Fortführung einer Prämie auf Landesebene prüfen. Um Betriebe zusätzlich zu unterstützen will das Land ihnen vor allem auch die notwendige Flexibilität ermöglichen. „Wir planen einen landesweiten Modellversuch zum verspäteten Start in die Ausbildung zu Beginn des Jahres 2021. Damit wollen wir Betrieben, die im Herbst noch in Kurzarbeit sind, die Möglichkeit geben, Anfang 2021 in das Ausbildungsjahr einzusteigen.“ Kammern und Berufsschulen würden sich flexibel darauf einstellen, Auszubildende auch später noch in den Ausbildungsbetrieb zu integrieren.

Eine wichtige Rolle kommt der Unterstützung beim Übergang in eine Ausbildung und der Förderung von Ausbildungsalternativen zu. „Es ist wichtig, dass wir schnell die ausgefallene Berufsorientierung und Ausbildungsvermittlung nachholen“, betonte die Ministerin. Hier setzt das Bündnis auf virtuelle Formate und Nachvermittlung, um Jugendliche und Betriebe zusammenzubringen, und auf Ausweitung der Ausbildungsvorbereitung. Trotzdem müsse man aufgrund der aktuellen Prognosen davon ausgehen, dass diesen Herbst deutlich weniger Jugendliche einen Ausbildungsplatz finden werden als in den Vorjahren. „Darauf müssen und werden wir uns vorbereiten. Es ist keine Option, dass wir den jungen Menschen im Land keine Perspektive bieten.“ Geplant sei, mehr schulische Angebote und alternative Angebote, wie Einstiegsqualifizierung oder außerbetriebliche Ausbildung, bereitzustellen.

Bereits Ende März hat das Wirtschaftsministerium kurzfristig seine Maßnahmen angepasst, um zu vermeiden, dass bestehende Ausbildungsverhältnisse unter der Krise leiden. Die Förderung der Verbundausbildung wurde erweitert. Im Programm „Azubi im Verbund“ wurde der bisherige Mindestzeitraum von 20 Wochen für kurzarbeitende Betriebe auf vier Wochen herabgesetzt, so dass die Möglichkeit der Verbundausbildung schneller und mehr Betrieben offensteht. Auch im Fall von insolventen Betrieben bietet das Wirtschaftsministerium ein Förderinstrument: Durch das Programm „Azubi transfer“ werden Betriebe, die Auszubildende von insolventen Betrieben übernehmen, mit einer Übernahmeprämie von 1.200 Euro unterstützt. „Diese Konzepte bestehen bei uns seit der Weltwirtschaftskrise vor zwölf Jahren und haben sich als sehr erfolgreich bewährt. Ich bin froh, dass auch diese Ansätze nun auf Bundesebene vorgeschlagen wurden“, führte Hoffmeister-Kraut aus.

Zitate der Bündnispartner

„Auch für die beruflichen Schulen in Baden-Württemberg ist die aktuelle Situation mit der Corona-Pandemie eine Herausforderung. In der kommenden Woche findet nun später als vorgesehen, aber doch rechtzeitig, für einen Großteil der Berufsschülerinnen und Berufsschüler die gemeinsame schriftliche Abschlussprüfung von Berufsschule und Wirtschaft statt. Dies war allen an der Berufsausbildung Beteiligten besonders wichtig, damit der Übergang von der Ausbildung in den Beruf wie geplant gelingen kann“, sagte Volker Schebesta, Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg. Er fügte hinzu: „Insbesondere für die Schülerinnen und Schüler der berufsvorbereitenden Bildungsgänge trägt die regelmäßige Präsenz an der Schule maßgeblich zum Bildungserfolg bei und erhöht damit die Chancen, den gewünschten Ausbildungsplatz zu bekommen. Deshalb haben die Schulen ein besonderes Augenmerk auf diese Bildungsgänge, und auch die Unterstützungsmaßnahmen in Kooperation mit unseren Partnern – wie die Berufseinstiegsbegleitung oder die Begleitung im Rahmen der dualen Ausbildungsvorbereitung ‚AV-Dual‘ – werden wieder bestmöglich in den Schulbetrieb integriert.“ Denn klar sei, dass man die Auszubildenden dringend für den Ausbildungsmarkt benötige.

„Wir stellen uns der besonderen Herausforderung, unter den jetzigen Bedingungen Jugendliche und Arbeitgeber zusammenzubringen. Die Berufsberatung der Arbeitsagentur wird dazu ihren Beitrag leisten und Ausbildungssuchende bei ihren Bemühungen um eine Ausbildungsstelle unterstützen“, unterstrich Christian Rauch, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit. „Die Berufsberater sind auf vielen Wegen ansprechbar, viele für die Jugendlichen wichtigen Informationen haben wir auch im Internet zur Verfügung gestellt.“

Rainer Reichhold, Präsident des Baden-Württembergischen Handwerkstags: „Die Wirtschaft steht durch die Corona-Krise und der damit verbundenen weltweiten Wirtschaftsrezession vor großen und umfassenden Herausforderungen. Mit Blick in die Zukunft und zur Fachkräftesicherung ist es enorm wichtig, dass die Betriebe trotz der angespannten Wirtschaftslage weiter ausbilden können. Alle Jugendlichen, die eine duale Ausbildung anstreben, sollen diese Möglichkeit auch bekommen. Die Wirtschaft wird ihrerseits alle Anstrengungen unternehmen, die Ausbildung auch in diesen Zeiten sicherzustellen. So werden wir auch nochmals unser Engagement für die Berufsorientierung und die Stellenvermittlung verstärken. Die berufliche Ausbildung zu sichern und auszubauen, liegt letztlich im Interesse aller: der jungen Menschen, der Wirtschaft und des Landes Baden-Württemberg. Eine umfassende Ausbildungsprämie ist hier ebenso wichtig wie Angebote zur Beruflichen Orientierung und die Stärkung der Ausbildungsinfrastruktur. Für die Betriebe besteht jetzt die Chance, dringend benötigte Nachwuchskräfte zu gewinnen. Denn den Fachkräftemangel wird es auch nach Corona weitergeben.“

Martin Kunzmann, Vorsitzender Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Baden-Württemberg: „Die duale Berufsausbildung ist der zentrale Baustein zur Fachkräftesicherung. Es ist daher wichtig, dass alle Bündnispartner heute gemeinsam an die Unternehmen appellieren, keine Ausbildungsplätze abzubauen. Der Appell alleine wird aber nicht reichen. Deshalb begrüßen wir es, dass Bund und Land Maßnahmen ergreifen, um Ausbildung in der Corona-Krise abzusichern. Grundsätzlich sieht der DGB aber die Unternehmen in der Pflicht: Alle müssen ihren Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten. Die Einführung einer Ausbildungsumlage ist überfällig. In Baden-Württemberg bildet nur noch jeder fünfte Betrieb aus. Die anderen machen sich einen schlanken Fuß. Es wäre nur fair, sie an den Ausbildungskosten zu beteiligen.“ Auf keinen Fall dürfe die Qualität der Ausbildung coronabedingt leiden. Jetzt auf Schmalspur umzustellen, wäre fatal. Im Gegenteil: Es gelte, die Digitalisierung der Ausbildung und die Modernisierung der Berufsbilder konsequent voranzutreiben.

Anlage: [Maßnahmenkatalog der Bündnispartner \(PDF\)](#)

Weitere Informationen zum Ausbildungsbündnis finden Sie [hier](#).